

meine politische Aussprache über die Einsetzung des Reichskanzlers von Papen zum Reichskommissar in Preußen und über die Terrorakte der letzten Tage abhalten, für die zwei Tage in Aussicht genommen sind. Ein Termin für die Wahl des provvisorischen Ministerpräsidenten wurde nicht festgesetzt.

## Ein Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Berlin, 4. August. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Die inzwischen erfolgte Durchführung der letzten sozialpolitischen Notverordnung hat die von den Verschlechterungen Betroffenen sowie die gesamte Arbeitnehmerschaft in einen Erregungszustand versetzt, der für ein geordnetes staatliches und soziales Leben als gefährlich bezeichnet werden muss. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, daß eine Befestigung der schlimmsten Härten dieser Notverordnung in kürzester Frist erfolgen muss. Wir sehen mit großer Besorgnis, daß von sozialreaktionären Kräften der Versuch gemacht wird, die Reichsregierung zu Maßnahmen zu veranlassen, die praktisch eine Freigabe der Rechtsstellung der Arbeitnehmer zur Folge hätten. Unsere Mitglieder fordern wir in dieser Stunde, da die sozialen Schutzechte auf äußerste gefährdet sind, auf, trotz aller Empörung sich nach bestem Vermögen für Ruhe und Ordnung einzusezen.

## Hilfspolizei im Lande Braunschweig

Braunschweig, 5. August. In einer Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei der Stadt Braunschweig machte gestern der Vorsitzende Dr. Langbecks bemerkenswerte Mitteilungen, nach denen die Errichtung einer Hilfspolizei im Lande Braunschweig bevorstehe. Aus dem Lande werde im Hinblick auf die letzten Zwischenfälle diese Forderung erhoben. Die DNVP habe Minister Klagges ihre Zustimmung gegeben unter der Bedingung, daß diese Hilfspolizei partizipativ errichtet und nicht nur von der SA gestellt werde, sondern auch vom "Stahlhelm". Was das Staatsministerium mit dieser Vorgabe machen werde, würden die nächsten Tage zeigen. Begründet wurde diese Maßnahme vom Redner mit der Roffspieligkeit der Entsendung von Polizeieinheiten aus das Land, die auch nicht schnell genug zur Stelle sein könnten. Im Zusammenhang mit den jüngsten Vorfällen, namentlich im Kreis Blankenburg, sprach sich der Redner weiter für ein Verbot der Kommunistischen Partei aus. Der deutschnationale Kreisverein der Stadt Braunschweig habe bei der Staatsregierung das Verbot der Kommunistischen Partei gefordert.

## Der "Bölkische Beobachter" über die innerpolitische Entwicklung

München, 4. August. Der "Bölkische Beobachter" schreibt in einem Beitrag, betitelt "Entscheidende Wochen" u. a., seit Jahren sei es das Ziel Brünings gewesen, die Nationalsozialisten auszuschalten. Nur deshalb sei Brüning von der SPD toleriert worden. Diese Taktik sei nun zu Ende und man gehe in hoher Gemeinschaft dahin, die Nationalsozialisten teilnehmen zu lassen an der Regierung. Diese Leute gäben sich noch immer den Anschein, als glaubten sie, „es sei uns mit unglaublichen deutsch-nationalen Bürgern“ zu tun zu haben. Dabei ist doch klar, daß wir garnicht daran denken, irgendwo teilzunehmen, sondern wir werden uns frei halten wie bisher oder die umstrittene Führung übernehmen und es anderen überlassen, ob sie diese anerkennen wollen oder nicht. Wenn man theoretisch eine Zeit viel bereite Koalition mit dem Zentrum behandeln wolle, so steht zunächst fest, daß die NSDAP dreimal stärker sei, als die Partei. Das würde bedeuten, daß wir zum mindesten bei vier Ministern drei zu stellen hätten unter eindeutiger Führung unsererseits. Also alle politisch entscheidenden Ministerien, bei entsprechender Regelung in Preußen. — Am Schlus des Aussages heißt es u. a.: Die Fronten sind klar — es gibt kein Ausmaßen mehr. Die Entscheidung ob wir oder gegen Deutschland führen mußt in diesen Wochen. Bleibt das Zentrum an dem Marxismus stehen, so wird es somit seinen Führern bis in unterste Grade hinein von der deutschen Zukunft als grundsätzlicher Staats- und Volfsfeind ausgerufen und dementsprechend behandelt werden. — Es habe aber den Anschein, so sagt das Blatt hinzu, als ob das Zentrum sich für keinen alten roten Koalitionsbruder gegen Deutschland entscheiden werde.

**Nationalsozialismus und Kommunismus in Deutschland**

Paris, 4. Aug. In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des "Excelsior" äußerte sich der frühere Reichsminister Dr. Stegerwald u. a. über die Möglichkeit von Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum zur Bildung einer Regierung in Preußen; er erklärte, daß das Zentrum mit dem Hakenkreuz sicherlich nicht zusammengehen werde, wenn die Nationalsozialisten nicht endgültig auf ihre gegen die Verfassung gerichteten Mordverbrechen verzichten, obwohl seiner Meinung nach eine Rutschgefahr von ihrer Seite nicht drohe. Das Zentrum werde jedenfalls kein zweideutiges Kompromiß annehmen. Auf die Frage, ob er an die Möglichkeit glaube, daß die Kommunisten den deutschen Staat zerstören könnten, erklärte Dr. Stegerwald: Meiner Ansicht nach stellen sie keine Gefahr dar, da zwei Drittel der hinter den Gewerkschaften lebenden Bevölkerung ihrem Einfluss entzogen sind. Die Mehrheit der Deutschen aber glaubt nicht mehr an den „großen Abend“, sondern befürchtet eher zu einem etappenweisen Reformismus und ist völlig unempfindlich gegenüber den Erklärungen der Uthänger von Hammer und Sichel. Ein Verbot der KPD jedoch würde ein Schlag ins Wasser bleiben.

## Die Frauen im Reichstag

Im neuen Reichstag sind nach den bisherigen Meldungen unter 907 Abgeordneten nur 35 Frauen, die sich auf fünf Parteien verteilen. Diestärkste Vertretung haben wieder die Christdemokraten, die Sozialdemokraten mit 15, die Kommunisten mit 10 Frauen. Unter den 229 Nationalsozialisten ist natürlich keine Frau. Man wird das an sich beklagen; auf der anderen Seite muß man nach den letzten Erfahrungen mit den Nationalsozialisten im Preußischen Landtag auch wieder froh darüber sein. Es wäre unerträglich, wenn in dem lärmenden Getümmel dieser Gruppe sich Frauen befinden.

Die bürgerlichen Parteien haben im großen und ganzen ihre weiblichen Abgeordneten wieder ins Parlament entsandt. Von der Deutschen Volkspartei wurde die langjährige Abgeordnete, Ober-

## Das ist der Panzerwagen, der bei Kassel beschlagnahmt wurde

Das mit einem starken Wochmantel verkleidete und mit Schießköpfen versehene Lastauto, das in Hofgeismar in einem Versteck von der Polizei aufgefunden wurde. Die Beteiligten erklären, der Wagen sei zu Angriffszielen völlig unbrauchbar und habe nur als Transportmittel in unsicheren Zeiten dienen sollen.



Judendiectorin Dr. Elsa May, wiedergewählt.  
Die bisherigen drei Abgeordneten der Deutschnationalen, Dr. Paula Müller-Ostfeld, Annegrete Lehmann und Dr. Magdalene von Tiling, sind ebenfalls wieder gewählt. Weite Kreise evangelischer Frauen, nicht nur die parteipolitisch Deutschnational eingesetzten, werden die Wahl der ersten, der Vorsitzenden des deutsch-evangelischen Frauenbundes, begrüßen. — Das Zentrum entsendet 6 Frauen, unter denen die bisherigen Reichstagsabgeordneten, die Gewerkschaftsführerin Christine Teich und Ministerialrat Dr. Helene Weber genannt seien. — In der Fraktion der Bölkischen Volkspartei erscheint wieder die seit langem bekannte und geschätzte Abgeordnete Frau Lang-Brumann.

Über den Kreis der Staatspartei hinaus wird man das Aufsehen von Frau Ministerialrat Dr. Bäumer bedauern, die nicht wieder kandidiert hat. Mit ihr verliert das politische Leben eine Frau, deren Bedeutung auf nichtpolitischem Gebiet unumstritten ist, und die als Führerin der Frauenbewegung mit den Grund geschaffen hat, auf dem die politische Frauenarbeit heute aufbaut.

M. S.

## Landgemeinden gegen gewaltsame Verwaltungsreform

Berlin, 4. August. Der Verband der preußischen Landgemeinden wendet sich in einer längeren Erklärung gegen die von der preußischen Staatsregierung durch Notverordnung verfügte Aufhebung von 68 Landkreisen. Sein Protest wird mit der Erklärung begründet, daß nennenswerte Einsparungen bei einer solchen Verwaltungsreform in der unteren Instanz nicht entstanden, die Nachteile, die die Verbesserung dadurch erwölben, vielmehr die finanziellen Einsparungen bei weitem übertragen. Die Landgemeinden seien grundsätzlich durchaus keine Gegner einer gesunden organischen Verwaltungsreform; die jetzige Maßnahme einer meist nur schematischen Zusammenlegung nehme keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung und den historischen Werdegang. Statt schematischer Zusammenlegung wäre organische Aufstellung erforderlich gewesen. Der Landgemeindeverband werde jede gesetzliche und rechtliche Möglichkeit ausnutzen, um diese Maßnahme wieder rückgängig zu machen.

## Kriegsschuldenannullierung oder Bankrott

Senator Borah sieht sich energisch für die Reparations- und Kriegsschuldenlösung ein.

Minneapolis, 4. Aug. In einer Rede erklärte Senator Borah, daß jede Wirtschaftskonferenz vergeblich sei müsse, wenn sich die Nationen nicht zugleich auf eine Lösung der Reparations-, Kriegsschulden- und Abzahlungsprobleme einigen könnten. Die Vereinigten Staaten müßten die Initiative dazu ergreifen, da sie selbst nur dann einen Ausweg aus der augenblicklichen industriellen und landwirtschaftlichen Notlage finden könnten, wenn sie mit anderen Nationen zusammenarbeiten. In dem Europa endgültig die Reparations- und Abzahlungsfrage geregelt habe, würden die Vereinigten Staaten mit Freuden bereit sein, die Kriegsschulden zu nullifizieren, um so eine dauernde Prosperität anzustreben.

Minneapolis, 4. August. Zur Begründung seiner Forderungen nach einer endgültigen Lösung der Reparations- und Abzahlungsfrage gebrauchte Senator Borah in seiner bereits gemeldeten Rede ein besonders eindringliches Argument. Er sagte: Man behauptet öfters, wenn wir die Kriegsschulden nullifizieren, so würden wir es sein, die für die Kosten des Krieges zu zahlen hätten. Allein wir zahlen doch jetzt schon die Kriegsschulden und werden sie solange zu zahlen haben, bis den Vereinigten Staaten nichts anderes übrig bleibt, als Bankrott anzusagen.

## Österreich stimmt dem Lausanner Unleiheprotokoll zu

Wien, 4. August. Der Hauptrat des Nationalrates hat das Lausanner Unleiheprotokoll mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

Im Zusammenhang damit wurde ein Antrag des Landesbundes angenommen, in dem es u. a. heißt: Obwohl nach der Erklärung der Regierung in der Nationalratsitzung vom 28. Juli die Bestimmungen über Mehrheitsentscheidung des Bölkerbundsrates auf das Generalsekretariat im Jahre 1922 seine Unwendbarkeit finden können, wird die Regierung diese Auffassung den Regierungen der Signatarstaaten über das Lausanner Protokoll auf diplomatischem Wege zur Kenntnis bringen und erst nach Einlangen der diesbezüglichen Zustimmung dieser Staaten das österreichische Ratifikationsinstrument beim Bölkerbundsrat hinzulegen. Die Emissions- und Rückzahlungsbindungen ein-



Die Alterspräsidentin  
des neuen Reichstags?

Klara Zetkin, die 75jährige kommunistische Abgeordnete, hätte als ältestes Mitglied des neuen Reichstages die Obhutsherrin eines Alterspräsidenten zu erfüllen, der die erste Sitzung eröffnet und bis zur Wahl des Reichstagspräsidenten leitet. Es ist jedoch fraglich, ob der Gesundheitszustand der Frau Zetkin es erlauben wird, an der Reichstagseröffnung teilzunehmen.

schließlich der Bindungen für die Rückzahlung der Anleihe nach zehn Jahren, unter denen ausschließlich finanzielle Bedingungen zu verstehen sind, wird die Regierung im gegebenen Zeitpunkt dem Nationalrat zur Genehmigung vorlegen.

## Die Deutsche Reichsbahn im Juni

Berlin, 4. August. Im Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn stand im Monat Juni einer leichten Beliebung Jahreszeitlich beeinflußter Gütertransporte ein nicht unbeträchtlicher Absatz im Verband von Baustoffen, Industrieholen und künstlichen Düngemitteln gegenüber.

Der Personenverkehr blieb im Juni bedeutend hinter dem des Vormonats zurück, obgleich die Reichsbahn verschiedene Maßnahmen zur Beliebung des Personenverkehrs getroffen hatte. Der Verkehr wurde insbesondere durch die Ver schlechterung der Einkommensverhältnisse beeinträchtigt.

Die Betriebsleistungen beliefen sich im Juni auf insgesamt 2.542 Millionen RM (Vormonat 2.438), die Gesamtausgaben auf 322,67 (312,57) Millionen RM. Die Gesamteinnahmenaussätze in der ersten Hälfte des Geschäftsjahrs betrugen gegenüber 1931 im Personen- und Gepäckverkehr 129,6 Millionen RM, im Güterverkehr 367,6 Millionen RM und bei den Gesamteinnahmen 530,0 Millionen RM.

## Über 11 Millionen Arbeitslose in USA.

New York, 4. August. Der Vorsitzende des amerikanischen Arbeiterverbandes, Green, schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten Ende Juni d. J. auf 11 223 000.

## Wieder 10 Todesurteile in Peru

Lima, 5. Aug. Das Kriegsgericht hat zehn Revolutionäre zum Tode und 15 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Fünf der Verurteilten sind bereits gestern hingerichtet worden.

## Rund um die Welt

75 Gebäude weichen der Saalealtsperre

Schlesien. Dem Bau der Saalealtsperre müssen allein in Saalfeld nicht weniger als 75 Gebäude weichen, darunter 49 Wohnhäuser mit 74 Familien. Für die bisher abgebrochenen 13 Gebäude sind bereits 15 neue Wohnhäuser an der Straße Gottliebsthal-Großen erstellt worden, in denen 28 Familien Unterkunft gefunden haben. Die übrigen sind in der Hauptstraße nach Lohenstein und Kluma vergraben. Außer weiteren Wohnhäusern, Gaststätten und Fabriken dürfte auch den Ortschaften Reuhammer und Gottliebsthal der Abruch beschieden sein.

## Siebzehn polnische Soldaten

durch Blitzeinschlag getötet

Warschau, 4. August. In der Nähe der Ortschaft Powurz (Woiwodschaft Warschau) wurde eine von der Uebung heimkehrende Übungseinheit polnischer Soldaten von einem ungemein starken Gewitter überrascht. Durch einen